

Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 10.

Paderborn, 23. Januar

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme, und wird die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet. Bestellungen auf das Paderborner Volksblatt wolle man möglichst bald machen (Auswärtige bei der nächstgelegenen Postanstalt), damit die Zusendung frühzeitig erfolgen kann.

Uebersicht.

Die neue preuß. Verfassungs-Urkunde. IV.

Deutschland. Berlin (die Oberhoheitsfrage; General v. Bonin; der neue Militair-Gouverneur des Thronerben; der Zusammentritt der Deputirten des Handels- und Gewerbestandes; die National-Invalidencasse; Ergänzung der Allg. Gewerbe-Ordnung); Frankfurt (Ankauf von nord-amerikan. Kriegsschiffen; Verhältniß Deutschlands zu Oestreich); Mainz (die Bischofswahl); Wien (Gerüchte über die Auflösung des Reichstages; östreichische Zustände; Hamburg (General von Bonin); Schwerin (die Lotterie).

Italien. Rom (der dritte Protest des Papstes; die Konstituante).

England. London (die Cholera; Versammlung der Eisenwerksbesitzer).

Rußland (die Militairmacht im Königreich Polen).

Donaufürstenthümer. Bukarest (ein türkisches Armeecorps eingerückt).

Neueste Nachrichten.

Wahlangelegenheit.

Constitutioneller Bürgerverein.

Die Preussische Verfassungs-Urkunde vom 5. Decb. 1848.

IV.

Welche Rechte hat das Volk außer der Theilnahme an der Gesetzgebung erhalten?

Antwort: Sehr viele und wichtige Rechte.

Am besten werdet Ihr das einsehen, wenn wir einmal vergleichen, wie es sonst war, und wie es nach der Constitution werden soll. Sonst vertauschten die Könige Land und Leute. Wer heute Hanoveraner war, konnte morgen Preuße sein, und keine Seele fragte ihn, ob er wollte oder nicht. Nach Art. 2 der Constitution können die Grenzen des Staatsgebiets nur durch ein Gesetz verändert werden. Ihr wißt nun schon, daß ein Gesetz ohne Genehmigung der Kammern nicht zu Stande kommen kann, mit dem Vertauschen ist es also vorbei.

Sonst waren die Adelligen und Vornehmen durch das Gesetz begünstigt. Wenn ein Adelliger ein Dienstmädchen heirathete, so hieß das eine Mißheirath und galt nicht. Wenn ein Adelliger und ein Bürgerlicher sich um ein Amt bewarben, hatte der Adelige den Vorzug. Wenn ein Adelliger stahl oder betrog, wurde ihm der Adel genommen, der Adel wurde also als ein Vorzug angesehen. Bei Beleidigungen wurden vornehme Leute nach andern Gesetzen bestraft als geringe, und dergleichen Vorzüge gab es noch mehr.

Das alles fällt künftig weg; denn der Art. 4 der Verfassungsurkunde schreibt vor:

Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Standesvorrechte finden nicht Statt. Die öffentlichen Aemter sind für alle dazu Befähigte gleich zugänglich.

Sonst war die persönliche Freiheit, und die Unverletzlichkeit der Wohnung nicht genug gesichert.

Man konnte Tagelang verhaftet sein, ohne zu wissen warum? und das muß doch wohl Jedem gesagt werden, damit er sich rechtfertigen kann. Man konnte längere Zeit im Polizei-Gefängnisse gehalten werden, ehe die Ablieferung an das Gericht erfolgte. Hausdurchsuchungen waren bei Tag und Nacht zulässig, und der Angeklagte wurde dabei nicht zugezogen. Das Schlimmste bei dem Allen lag eben darin, daß kein Beamter wegen Ueberschreitung seiner Befugnisse ohne den Antrag seiner vorgesetzten Behörde vor Gericht belangt werden durfte. Und eben so gefährlich für die Freiheit war es, daß das Urtheil über einen Angeklagten einem andern, als seinem gewöhnlichen Richter übertragen werden konnten. Jetzt ist es anders, nach dem Art. 5 und 6 und im Gesetz vom 24. September 1848 der Constitution ist die persönliche Freiheit und Unverletzlichkeit der

Wohnung gesichert, und nach Art. 7. darf Niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden. In der Regel darf jetzt Niemand ohne schriftlichen Befehl des Richters verhaftet werden, und dieser Befehl muß den Grund der Verhaftung angeben.

Was wird aber daraus, wenn Euch ein Spitzbube bestiehlt, und mit dem Gestohlenen davon läuft? oder wenn sich Leute zur Störung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit zusammenrotten? Soll dann ruhig zugeesehen werden, bis der richterliche Befehl ankömmt? Nein! In solchen Fällen kann die Polizei den Uebelthäter verhaften, aber sie muß ihn binnen 24 Stunden an den Richter abliefern. Bei Nacht ist Jedermann in seiner Wohnung sicher, die nicht durch ein Urtheil unter polizeiliche Aufsicht gestellt ist, Hausdurchsuchungen dürfen nur in den gesetzlich bestimmten Fällen unter Zuziehung des Angeschuldigten oder seiner Hausgenossen vorgenommen werden und damit kein Beamter dabei über das Gesetz hinausgeht, kann ihn jetzt nach Art. 95 der Constitution ein Jeder ohne Erlaubniß seiner vorgesetzten Behörde vor Gericht zur Rechenschaft ziehen, wenn er seine Befugnisse überschreitet.

Noch andere wichtige Rechte sind durch die Constitution gegeben, die sonst entweder ganz fehlten, oder wenigstens durch die Aufsicht der Polizei beschränkt waren.

So ist jetzt das Recht der Auswanderung unbeschränkt. Art. 10. So darf jetzt Jeder über Angelegenheiten des Staates ein freies Wort reden. Er darf darüber sprechen und drucken lassen was er will, das ist das Recht der Pressfreiheit. Art. 24 bis 26. Versammlungen, Vereine zu gemeinschaftlichen Zwecken und Bittschriften sind nach Art. 27 bis 30 der Constitution erlaubt. Alle diese Rechte dienen zur Beförderung des allgemeinen Besten, wenn sie nicht mißbraucht werden.

Das freie Wort und die Pressfreiheit wirken heilsam, wenn sie belehren, wenn sie Mißbräuche aufdecken und das Unrecht öffentlich angreifen, wo sie es finden; sie wirken verderblich, wenn sie Lügen verbreiten, wenn sie Haß statt Liebe, Streit statt Eintracht, Umsturz der Ordnung statt Achtung vor dem Gesetze predigen. Ebenso ist es mit den Versammlungen und Vereinigungen. Gewiß haben viele von Euch schon solchen Versammlungen beigewohnt, in denen weiter nichts gethan ist, als geschimpft über Einrichtungen des Staats; gewiß seid Ihr aber auch in Versammlungen gewesen, wo Ihr Euch über Angelegenheiten eures Gewerbes, eurer Gemeinde, über Armen- und Schulwesen oder ähnliche Dinge besprochen, wo Ihr überlegt habt, was daran mangelhaft, und wie zu helfen sei. Welche Versammlungen haben Euch mehr genützt? Ohne Zweifel die letzteren. Daraus könnt Ihr selbst abnehmen, wie Ihr von dem Versammlungs- und Vereinigungsrecht Gebrauch machen müßt, wenn es zu euerem Vortheil gereichen soll. Ihr seht auch selbst ein, daß große Versammlungen auf Straßen und öffentlichen Plätzen zu vernünftigen Berathungen nicht dienen. Ja, Ihr habts vielleicht schon selbst bemerkt, daß sie nur zu Unordnungen und Störungen der öffentlichen Sicherheit Anlaß geben. Deshalb ist es ganz Recht, daß solche Versammlungen der Polizei vorher angezeigt werden müssen und daß die Polizei sie verbieten kann, wenn davon Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu besorgen ist. Art. 24. Eben so nothwendig ist es, daß das stehende Heer gar nicht und die Landwehr nicht über militairische Befehle und Anordnungen berathschlagen darf. Art. 37. Der Soldat muß thun, was ihm sein Vorgesetzter befiehlt. Wenn der Offizier „vorwärts marsch“ commandirt, so darf der Soldat nicht erst überlegen, ob er Ordre pariren will oder nicht, sonst hat die Disciplin ein Ende. Wenn der Soldat in der Kaserne oder auf dem Posten ist muß er thun, was die militairische Ordnung for